



www.cdulsa.de



Webels Woche

Ausgabe 61 / 19.01.2017

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

am Sonntag wird die Bundes-SPD auf einem Sonderparteitag entscheiden, ob Deutschland eine stabile und verlässliche Regierung bekommt. 600 Delegierte werden darüber bestimmen, wie der Auftrag von 9,5 Millionen Wählerinnen und Wählern, die der SPD ihre Stimme gegeben haben, umgesetzt werden soll. Nachdem die FDP die Jamaika-Sondierungen platzen ließ, gibt es gute Gründe für eine Fortsetzung der Großen Koalition. Das Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD ist eine stabile Basis für Koalitionsverhandlungen und eine gute Zusammenarbeit in den nächsten dreieinhalb Jahren.

Wenn das Sondierungsergebnis umgesetzt werden kann, werden die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wirksam entlastet. Neben der Stabilisierung des Rentensystems, der Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und der Erhöhung der Mütterrente ist vor allem die Entlastung für Geringverdiener und mittlere Einkommen wichtig. Durch die geplante Kindergelderhöhung um 25 Euro im Monat und den Abbau des Solidaritätszuschlags hätte beispielsweise ein Geringverdiener-Ehepaar mit zwei Kindern fast 1.100 Euro mehr im Jahr in der Tasche. Für Facharbeiter würde der Entlastungseffekt sogar noch höher liegen. Klar ist: Mit diesen Ergebnissen wird die arbeitende Mitte in Deutschland gestärkt.

Die Sondierer haben sich außerdem auf eine Einstellungsoffensive bei der Polizei sowie eine Begrenzung und Steuerung der Asylzuwanderung und des Familiennachzugs geeinigt. Die Obergrenze der Integrationsfähigkeit ist nun unmissverständlich definiert. Ich finde es auch wichtig, dass eine Regelung, die die SPD in der vergangenen Großen Koalition noch strikt abgelehnt hatte, jetzt vereinbart wurde: Künftig sollen Asylbewerber bis zur Entscheidung über ihre Anträge in zentralen Einrichtungen untergebracht werden, in denen Residenzpflicht gilt. Mit diesem Verfahren kann Asylmissbrauch bekämpft und die Abschiebung abgelehnter Bewerber verbessert werden.

Nun gilt es, all diese Verständigungen in einen Koalitionsvertrag zu gießen. Nachverhandlungen über die Eckpunkte der künftigen Koalition wird es mit der Union nicht geben. Vielmehr müssen diese Eckpunkte schnellstmöglich in Regierungshandeln umgesetzt werden. Am Sonntag kann die SPD zeigen, dass sie – anders als die FDP – bereit ist, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Leider gibt es viele Stimmen in der SPD, die sich einer Regierungsbildung verweigern. Es sind meist Stimmen, die denen vermutlich kein Sondierungsergebnis gut genug gewesen wäre. Und es sind oft die gleichen Stimmen, die bereits die Erfolge der SPD in früheren Koalitionen schlechtgeredet haben und eine Regierungsbeteiligung nur dann befürworten, wenn dort SPD-Parteitagsbeschlüsse zu 100 Prozent umgesetzt werden können. Doch die älteste Partei Deutschlands sollte sich nicht von neunmalklugen Nachwuchspolitikern die Welt erklären lassen, zumal, wenn die es mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen scheinen. Der klaren Einschätzung von SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles ist nichts hinzuzufügen: „Was der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert in Sachsen-Anhalt zum Thema Rente gesagt hat, ist schlichtweg falsch“.

Die SPD sollte über ihren Schatten springen und die gefundenen Kompromisse akzeptieren. Es geht um eine stabile Regierung für unser Land.

Die Sozialdemokraten sollten sich ein Beispiel an Bündnis90/ Die Grünen nehmen, die bei den Jamaika-Sondierungen bereit waren, Verantwortung für unser Land zu übernehmen und dafür auf Maximalforderungen verzichtet und viele ideologische Positionen geräumt haben.

Herzliche Grüße

Ihr

Thomas Webel
Landesvorsitzender

Redaktionsschluss: 19.01.2018

Herausgeber: CDU Sachsen-Anhalt Fürstentwallstr. 17 39104 Magdeburg